

Gemeinde Piding

3. Ä n d e r u n g Bebauungsplan Nr. 29 „Gewerbegebiet Reichenhaller Straße“

B E G R Ü N D U N G

1. Planungsanlass und Ziele der Planung

1.1 Anlass und Erfordernis der Planaufstellung

Die 3. Bebauungsplanänderung „Gewerbegebiet Reichenhaller Straße“ dient der Anpassung der tatsächlichen Nutzung des Bestandes.

Im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Nr. 29 – Gewerbegebiet Reichenhaller Straße“ soll nun eine Anpassung der tatsächlichen Nutzung des Bestandes als Einzelhandelsprojekt an den Bebauungsplan erfolgen. Aus diesem Grund wird die Art der Nutzung von derzeit Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO in Sondergebiet „Einzelhandel“ gemäß § 11 BauNVO geändert.

Sämtliche weitere Festsetzungen und Hinweise des Bebauungsplanes bis zur 2. Änderung bleiben bestehen.

1.2 Städtebauliche und grünordnerische Ziele

Das städtebaulich und grünordnerische Ziel der Bebauungsplanänderung ist im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, die Anpassung an den tatsächlichen Bestand.

Grünordnerische Ziele sind nicht betroffen, da sich außer der Änderung der Nutzung an den bestehenden Bebauungsplanaussagen nichts ändert.

2. Verfahren

2.1 Rechtliche Grundlage

Die rechtliche Grundlage dieses Bebauungsplanes bilden die §§ 8 bis 10, 13a und § 30 Baugesetzbuches (BauGB), sowie Art. 23 der Gemeindeordnung des Freistaates Bayern, Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) und die Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) in der jeweils gültigen Fassung.

Unter Zugrundelegung folgender Aussagen wurde der § 13a BauGB - Bebauungspläne der Innenentwicklung - verwendet:

Grundlage sind „... andere Maßnahmen der Innenentwicklung ...“ (§ 13a Abs. 1 BauGB). Die Grundflächen übersteigen die erwähnten 20.000 m² nicht. In der Abwägung sind gegenüber der derzeitigen Bebauungsmöglichkeiten keine umweltrelevanten Auswirkungen zu erwarten.

2.2 Verfahrensablauf

2.2.1 Verfahrensablauf

Der geplante Bebauungsplanänderung erfolgt im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB. Die festgesetzte Grundfläche beträgt weniger als die im Gesetz angegeben 20.000 m².

Auf den Umweltbericht kann gemäß § 13 BauGB verzichtet werden, da die Auflagen gemäß § 13 Abs. 3 berücksichtigt werden.

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB wurde durch die Gemeinde Piding (Bauamt) durchgeführt.

2.2.2 Überblick über die Beteiligung von Öffentlichkeit, Behörden und Nachbargemeinden.

Die Beteiligung von Öffentlichkeit, Behörden und Nachbargemeinden ergibt sich aus den §§ 2 bis 4a BauGB.

Zeitlicher Ablauf:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgte am
- Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf erfolgte in der Zeit vom bis
- Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Bebauungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom bis

3. Städtebauliche Konzeption

3.1 Bauliche Nutzung

In der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Nr. 23 – Gewerbegebiet Reichenhaller Straße“ wird das Gebiet als „Sondergebiet Einzelhandel“ (SO) gem. § 11 BauNVO festgesetzt.

3.2 Kenndaten der Planung

Das Maß der baulichen Nutzung bleibt unverändert mit einer GRZ von 0,3 und einer GFZ von 0,3 erhalten. Die Verkaufsfläche darf jedoch 1.200 m² nicht überschreiten. Dies entspricht den Vorgaben des Landesentwicklungskonzeptes für Nahversorgungsbetriebe in Bayern. Diese Läden, die fast ausschließlich Waren des täglichen Bedarfs verkaufen und nicht größer als 1.200 m² sind, können grundsätzlich in jeder Gemeinde Bayerns genehmigt werden, auch außerhalb zentraler Orte.

Piding, den _____

Hannes Holzner, Erster Bürgermeister